

Beschluss des Landrats vom 04.04.2019

Nr. 2584

19. Lehrmittel «Gesellschaften im Wandel» (LMV ZH) – Propaganda statt Fakten 2018/827; Protokoll: ak

Landratspräsident **Hannes Schweizer** (SP) erklärt, der Regierungsrat sei zur Entgegennahme des Postulats bereit.

Pascal Ryf (CVP) hält es nicht für die Aufgabe des Landrats, irgendwelche Lehrmittel zu verbieten. Es gibt mehrere fragwürdige Lehrmittel, aber wesentlich ist, wie die Lehrpersonen damit arbeiten. Zudem kann man mit guten oder schlechten Lehrmitteln Propaganda im Unterricht machen. Die CVP/BDP-Fraktion ist klar der Meinung, man solle die Kompetenzen trennen: Dies ist nicht die Aufgabe des Landrats, und die Fraktion möchte kein Lehrmittelverbot – deshalb lehnt sie das Postulat ab.

Linard Candreia (SP) schliesst sich seinem Vorredner an. Er hat das Lehrmittel angeschaut: Es ist ein modernes Lehrmittel mit neuen Erkenntnissen. Die Geschichte ist stets im Wandel. In den letzten Jahrzehnten wurden gewisse Themen ganz neu aufgearbeitet, z.B. die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg mit der Bergier-Kommission. Alle solche Erkenntnisse fliessen dann auch in den Unterricht ein; das ist ja ganz normal.

Das traurige Kapitel der Verdingkinder, auf das schon Jeremias Gotthelf anfangs des 19. Jahrhunderts warnend hingewiesen hat, ist nun natürlich auch in diesem Lehrmittel enthalten. Die Schülerinnen und Schüler müssen mit neuen Erkenntnissen konfrontiert werden. Das Lehrmittel ist absolut nicht propagandistisch. In anderen Kantonen sind solche Vorstösse ebenfalls eingereicht worden, aber dieses Postulat darf nicht überwiesen werden. Mit dem modernen Lehrmittel wird an den Schulen bereits gearbeitet, und der Landrat sollte strategisch denken, aber sich nicht in die operative Ebene der Schule einmischen.

Paul R. Hofer (FDP) ist der Meinung, das Postulat müsse überwiesen werden. Neue Lehrmittel dürfen durchaus auch über kritische Ansätze zur Schweizer Geschichte verfügen, aber das ist nicht der Punkt: Sondern es geht darum, ob die eine oder andere parteipolitische Sichtweise ein Übergewicht hat. Ein wichtiger Begriff im Bildungswesen ist das Wort «unterrichtsleitend». Würde dieses Lehrmittel als unterrichtsleitend in die Lehrmittelliste aufgenommen, könnte man damit politische Ziele erreichen.

Der Lehrmittelverlag Zürich hat telefonisch mitgeteilt, er wäre froh um eine Beurteilung des Lehrmittels durch eine Fachstelle. Deshalb fordert das Postulat eine Begutachtung dieses Lehrmittels durch den Bildungsrat, damit er klären kann, ob «Gesellschaften im Wandel» politisch neutral ist oder nicht.

Florence Brenzikofer (Grüne) betont, das Lehrmittel habe durchaus gute Ansätze. Hier zu behaupten, es betreibe politische Propaganda und sei parteipolitisch eingefärbt, ist unangebracht, ebenso die Formulierung im Postulat, es würden ganze Generationen indoktriniert. Schon Laien können erkennen, dass dem nicht so ist.

Der Kanton Basel-Landschaft sieht für den Geschichtsunterricht drei Lehrmittel vor: «Zeitreise», «Durchblick Geschichte» und «Gesellschaften im Wandel». Die Lehrpersonen können selber entscheiden, welches Lehrmittel sie einsetzen möchten. Diese Lehrmittelfreiheit soll den Lehrpersonen zugestanden werden. Sie haben den Auftrag, den Unterricht möglichst neutral und sicher nicht aus parteipolitischer Warte zu erteilen.

Eine Mehrheit der Grüne/EVP-Fraktion lehnt das Postulat ab; eine kleine Minderheit stimmt ihm zu, weil sie eine Prüfung durch den Bildungsrat wünscht.

Paul Wenger (SVP) betont, dass der Regierungsrat zur Entgegennahme des Postulats bereit sei. Der Landrat wird nicht über das Lehrmittel entscheiden, sondern der Regierungsrat wird gebeten, die Frage dem Fachgremium Bildungsrat zu unterbreiten. Dieser kann ganz neutral entscheiden, ob das Lehrmittel parteipolitisch einseitig ist oder nicht. Deshalb stimmt die SVP-Fraktion einstimmig für die Überweisung des Postulats.

Regina Werthmüller (parteilos) erklärt, auch die glp/GU-Fraktion werde dem Postulat im Sinne eines Prüfungsauftrags zustimmen. Es ist zu klären, ob das besagte Lehrmittel auf der Lehrmittelliste bleiben solle oder nicht.

Simone Abt (SP) meint, der Bildungsrat werde sich sicher gerne über diese Angelegenheit beugen, wenn das Postulat überweisen sollte. Aber es ist festzuhalten, dass sich der Bildungsrat grundsätzlich eher nicht vertieft mit Lehrmitteln auseinandersetzt, sondern dass er vor allem auf die Fähigkeiten der Lehrpersonen, mit den zur Verfügung stehenden Lehrmitteln umzugehen, vertraut. Ist ein Lehrmittel tendenziös, werden die Lehrpersonen nicht darauf hereinfallen; so viel Vertrauen darf man ihnen schenken. Notwendig ist die Überweisung des Postulats deshalb nicht.

Jan Kirchmayr (SP) ist verwirrt über diese Diskussion. Man kann sich natürlich immer über Details in einzelnen Lehrmitteln streiten. So ist es ja auch störend, dass in gewissen Lehrmitteln über Alfred Escher sehr wohlwollend berichtet wird; auch da fliesst wohl eine politische Haltung ein. Am Schluss ist es wichtig, dass den Schüler(inne)n der Unterricht neutral vermittelt wird; nur das ist relevant.

Das Lehrmittel «Gesellschaften im Wandel» ist bereits von der kantonalen Lehrmittelkommission geprüft und beurteilt worden; es wird bereits verwendet im Unterricht. Dieses Prozesses muss man sich bewusst sein: Das Postulat ist unnötig, weil die gewünschte Prüfung bereits stattgefunden hat.

Linard Candreia (SP) berichtet, der Lehrmittelverlag Zürich sei im ganzen Land bekannt für sehr gute Lehrmittel. Die Bücher werden nicht von einzelnen Personen, sondern von ganzen Autorenkommissionen verfasst. Das garantiert Ausgewogenheit. Aber klar ist kein einziges Lehrmittel zu 100 % objektiv. Das ist gerade die Herausforderung: Denn es ist eines der Ziele des Geschichtsunterrichts, die Schüler/innen so zu erziehen, dass sie zu hinterfragen lernen.

Schaut man sich heute alte Geschichtsbücher an, stellt man fest, dass gewisse Dinge heute ganz anders dargestellt würden. Geschichte ist im Wandel. Deshalb hat dieses Lehrmittel eine Chance verdient. Sehr gut ist dabei das mitgelieferte Quellenbuch; dieses ermöglicht eine vertiefte Auseinandersetzung mit den Quellen und spornt Schüler/innen an, genau hinzuschauen.

Paul R. Hofer (FDP) sieht keinen Grund, den Bildungsrat dies nicht anschauen zu lassen. Nur dass ein Verlag einen guten Ruf hat, ist kein Argument. Wovor haben die Gegner des Postulats denn Angst? Der Landrat sollte sich nicht anmassen, zu bestimmen, ob ein Lehrmittel tendenziös ist – dafür gibt es ja den ausgewogen zusammengesetzten Bildungsrat. Sein Mitglied Simone Abt hat soeben angekündigt, er werde sich sicherlich nochmals über das Lehrmittel beugen. Wo also ist das Problem?

Pascal Ryf (CVP) nimmt den Ball auf: Es gibt tatsächlich ein Fachgremium, aber dabei handelt es sich in diesem Zusammenhang in erster Linie nicht um den Bildungsrat, sondern um die Lehrmittelkommission. Der Bildungsrat stützt sich in der Regel auf den Vorschlag der Lehrmittelkommission ab. Es wird immer wieder die Bürokratie im Bildungswesen beklagt, aber diese wird mit so ei-

nem Postulat nicht geringer. Denn im üblichen Prozess wird bereits jedes Lehrmittel gründlich geprüft.

Geschichtsunterricht bedeutet Arbeit mit Quellen. Die Schüler/innen sollen zu selbständigem Denken erzogen werden. Sie befassen sich mit Quellentexten, sei es von Marx, Engels, Hitler oder Göbbels. Sollen diese verboten werden? Nein, denn es geht darum, dass sich die Schüler/innen ihre eigene Meinung bilden. Mit welchem Lehrmittel gearbeitet wird, ist weitgehend egal; wichtig ist, wie eine Lehrperson damit umgeht und wie über die Quellentexte reflektiert wird.

Das Lehrmittel ist bereits geprüft worden. Der Prozess wird ad absurdum geführt, wenn man nun seine nochmalige Prüfung verlangt. Soll das jetzt bei allen Lehrmitteln so gemacht werden?

Simone Abt (SP) lehnt das Postulat ab: Sie plädiert für Lehrmittelfreiheit und hält es deshalb nicht für nötig, das besagte Lehrmittel ein weiteres Mal zu überprüfen. Aber wie gesagt: Falls der Landrat es will, würde es der Bildungsrat nochmals anschauen. Der Bildungsrat stützt sich, wie ausgeführt, auf die Empfehlungen der Vorinstanz ab, nimmt aber auch selber einen Augenschein. Und zuletzt vertraut er vor allem auf die Intelligenz der Lehrkräfte.

Jan Kirchmayr (SP) spricht sich gegen die Ansetzung einer unnötigen Bürokratie-Runde aus. Die Lehrmittelkommission prüft neue Lehrmittel, und der Bildungsrat setzt sie anschliessend auf die Lehrmittelliste. Das ist mit diesem Lehrmittel bereits geschehen, und es steht bereits auf der Lehrmittelliste; das müssen die Postulanten wissen, auch wenn Paul Hofer nun den Kopf schüttelt.

Jürg Wiedemann (GU) richtet sich an Jan Kirchmayr und Pascal Ryf: Selbstverständlich hat die Lehrmittelkommission das Lehrmittel geprüft und für gut befunden. Aber mit dem neuen Deutsch-Lehrmittel beispielsweise arbeitet keine einzige Lehrperson, obschon es von der Lehrmittelkommission geprüft und vom Bildungsrat abgesegnet worden ist. Was bei den «Passepartout»-Lehrmitteln geschehen ist, wissen auch alle: Auch sie sind von Lehrmittelkommission und Bildungsrat geprüft worden – und doch ist es schief herausgekommen. Solche Überprüfungen können nicht häufig genug geschehen. Letztlich können nur Fachleute Lehrmittel überprüfen. In der Lehrmittelkommission sitzen Lehrpersonen, die teils gar nicht die entsprechenden Fächer unterrichten – letztlich können auch sie sich kein fundiertes Urteil bilden. Das hat Regierungsrätin Monica Gschwind nun korrigiert mit den neuen Arbeitsgruppen zu den Französisch- und Englisch-Lehrmitteln.

Das Postulat ist zu überweisen, denn eine Begutachtung durch den Bildungsrat ist sicherlich sinnvoll. Je mehr Gremien ein Lehrmittel prüfen, desto besser ist am Schluss der Entscheid.

Marc Schinzel (FDP) gibt zu bedenken, dass in verschiedenen Kantonen Diskussionen über dieses Lehrmittel geführt werden: etwa in Zürich, Luzern und eben in Baselland. Es ist absolut richtig – gerade im Fach Geschichte –, sehr sensibel umzugehen mit dem vermittelten Stoff. Es ist extrem wichtig, den Stoff von verschiedenen Seiten zu beleuchten und nicht eine einseitige Perspektive einzunehmen. Nur so kann der Unterricht zu guten Ergebnissen kommen. Die sehr schlechten Erfahrungen mit den Fremdsprachen-Lehrmitteln zeigen, dass es nicht schlimm wäre, eine solche Extrarunde einzulegen: Es gilt genau hinzuschauen. Der Vorstoss überträgt diese Aufgabe bewusst dem Bildungsrat, damit nicht der Landrat als politisches Gremium entscheidet.

Martin Rüegg (SP) verweist darauf, dass erst kürzlich die Lehrmittelfreiheit vergrössert wurde. Deshalb gibt es die Lehrmittelliste. Die darin enthaltenen Bücher sind nicht grundlos auf diese Liste gekommen. Wer das kritisiert, muss nicht einzelne Lehrmittel ein zweites Mal in den gleichen Prozess schicken, sondern einen Vorstoss einreichen, um das Evaluationsprozedere zu verändern.

://: Mit 38:35 Stimmen wird das Postulat überwiesen.
